

Auch „Experten“ ignorieren die wahren Machtfaktoren und Interessenlagen des Landes

Afghanistan droht an einer falschen Innenpolitik zu scheitern

Aschot Manutscharjan

US-Präsident Barack Obama liegt doppelt richtig: Als Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber ist er der amerikanischen Nation verpflichtet – nicht der afghanischen. Folgt man dieser Prämisse, spricht viel dafür, das US-Militärengagement in Afghanistan zeitlich zu befristen. Nicht wirklich überraschen konnte daher die Aussage Obamas in seiner programmatischen Afghanistan-Rede am 1. Dezember 2009 in West Point: „Als Präsident weigere ich mich, Ziele zu setzen, die über unsere Verantwortung, Mittel und Interessen hinausgehen.“ Er fügte hinzu: „Wir können einfach nicht die Kosten dieser Kriege ignorieren.“

Es reicht. Tatsächlich ist es Aufgabe der Afghanen, sich selbst um ihren Staat und die Zukunft ihres Volkes zu kümmern. Mit der Aufstockung der am Hindukusch eingesetzten Truppen leiten die USA und ihre Verbündeten ihren letzten Großangriff gegen die Taliban ein. Danach soll, wie es auch Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte, eine „Übergabestrategie in Verantwortung“ greifen.

Woran liegt es, dass die internationale Gemeinschaft mit ihrem enormen Ressourceneinsatz die Taliban bislang nicht aus Afghanistan vertreiben konnte? Einige Fehler hätten nicht gemacht werden dürfen, aber darüber spricht die Politik nur ungern. Zugleich bleibt richtig, dass in Afghanistan viel zum Besseren bewegt wurde. Letztlich wird über Erfolg oder Misserfolg der Mission entscheiden, was nach dem Abzug der ausländischen Truppen ab 2011 geschieht: Wird in Af-

ghanistan ein stabiler Staat – ohne Taliban und Terrorlager der Islamisten – entstehen oder nicht?

„Bis zu einem Sieg über die Taliban könnte es noch zwanzig Jahre dauern. Eine Niederlage kann ganz schnell kommen“, sagte Sayed Mustafa Kazimi, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des afghanischen Parlaments und Sprecher der „Vereinigten Nationalen Front“, im Oktober 2007 im Gespräch mit dem Autor. Zwei Wochen später, am 6. November, fiel Kazimi einem Terroranschlag zum Opfer. Lange Jahre hatte er gegen die Taliban gekämpft und galt als Hoffnungsträger der ehemaligen Nordallianz. Seine „Nationale Front“ war die einzige politische Opposition im afghanischen Parlament und die einzige Kraft, die ernsthaft versuchte, die Bevölkerung einzubinden, „um zu verhindern, dass sie massenhaft zu den Taliban überläuft“.

Urföderalistisches Land

Das von den USA eingeführte Präsidialsystem passt nicht zu dem urföderalistischen Land, das seit Jahrhunderten diverse Ethnien sowie Stammes- und traditionelles Gewohnheitsrecht in Einklang zu bringen sucht. Vor diesem Hintergrund war Kazimi gegen die Zentralisierung des politischen Systems unter einem Präsidenten. Stattdessen hatte er sich dafür ausgesprochen, die Rechte der Regionalparlamente und der für die Provinzen zuständigen Gouverneure zu stärken. Unter anderem sollten die Gouverneure nicht vom Präsidenten ernannt, sondern

vom Volk direkt gewählt werden, wie es in der Loja Jirga 2003 zuerst vereinbart worden war. Damit hätten die Gouverneure vor Ort über eine eigene demokratische Legitimation verfügt, was die politische Lage in Afghanistan stabilisiert hätte, insbesondere in den südlichen Provinzen. Nachdem die „Nationale Front“ diese Vorschläge veröffentlicht hatte, wurden ihre Abgeordneten von Präsident Hamid Karsai und seinen Gefolgsleuten als *Warlords* verunglimpft. „Es hat uns nicht geholfen, immer zu betonen, dass wir nicht Karsai, sondern die Taliban bekämpfen“, meinte Kazimi. Anstatt den Parlamentarismus zu stützen, hätten „die Ausländer“ lieber alles auf eine Person gesetzt, die von Anfang an weder besonders bekannt noch beliebt gewesen sei.

In den Jahren 2004 und 2005 begann der Wiederaufstieg der Taliban, der sich zunächst in militärischen Erfolgen im Süden manifestierte. Bereits damals forderte die „Nationale Front“ ein härteres Vorgehen gegen die „Gotteskrieger“, während Karsai nach einem friedlichen Ausgleich mit ihnen suchte. Die Taliban werteten die Signale des Präsidenten als Zeichen von Schwäche und als Ermutigung, in ihrem Kampf nicht nachzulassen. Zugleich hielten die afghanische Regierung und ihre ausländischen Verbündeten ausgerechnet die frühere Nordallianz beziehungsweise ihre Nachfolger in der „Nationalen Front“ für die eigentliche politische Gefahr.

Islamischer Staat

Ein weiterer Fehler kam hinzu: Die Ausbildung von Armee und Polizei wurde jahrelang nicht mit Priorität verfolgt, sondern sogar torpediert. Die Geberstaaten setzten nicht alle Hebel in Bewegung, um möglichst viele Soldaten und Polizisten auszubilden, damit die Afghanen selbst für ihre Sicherheit sorgen konnten. Vielmehr gaben sie acht Jahre lang fast eine

Dreiviertelbillion US-Dollar für den Unterhalt ihrer Truppen und die Bekämpfung der Taliban aus, sagte Kazimi. „Mit einem Bruchteil dieses Geldes hätte man viele Probleme lösen können.“ Er betonte, die Taliban hätten als militärische Macht keine Chance: „Die wahre Kraft der Taliban liegt in ihrer Ideologie, das ist ihre Stärke. Ihre Ideologie gibt vielen Afghanen Rückhalt, und deshalb werden sie jeden Tag stärker.“ Dass es sich bei Afghanistan um ein islamisches Land handele, hätten Karsai, NATO und ISAF vergessen, fügte Kazimi damals hinzu. „Die internationale Gemeinschaft sollte sich besser über Afghanistan informieren. Die Europäer, aber vor allem die USA wollen ihre Vorstellungen von Demokratie bei uns mit Gewalt durchsetzen. Sie wollen nicht sehen, dass wir ein islamischer Staat sind.“

Mit wenig Geschick und Durchsetzungskraft versuchte Präsident Karsai, den Anforderungen seines Amtes gerecht zu werden: Anstatt seine militärischen Erfolge für neue Vorstöße gegen die Taliban zu nutzen, verschanzte sich seine Regierung in Kabul. Zugleich machte sich der Präsident mit seiner „Demokratisierungspolitik“ neue Feinde in breiten Schichten der Bevölkerung; hinzu kamen die Taliban-Gegner aus den Reihen der früheren Nordallianz, die er entmachtet hatte. In dieser aufgeladenen Atmosphäre fand in den Jahren 2003 und 2004 eine Annäherung zwischen den islamistischen Gegnern des Präsidenten und den Anführern der paschtunischen Stämme statt. Gemeinsamer Nenner war ihre Abneigung gegen die Herrschaft der Pandshcheris, also der Tadschiken der Nordallianz, der Usbeken und Hazaras. Unterdessen konnten die Taliban ihren „Widerstand“ von Pakistan aus organisieren.

Während die Nordallianz fremden Kräften keinen Anteil an der Macht eingeräumt hätte, wie Parlamentspräsident Junus Kanuni im Gespräch mit dem Au-

tor versicherte, erwies sich Präsident Karsai als gefügiger: Da Washington eine Annäherung an den Nachbarn Pakistan durchsetzen wollte, gab Karsai dem Drängen der USA nach und schaltete die Vertreter der Nordallianz aus, die jahrelang erfolgreich gegen die Taliban und damit gegen den Einfluss Islamabads gekämpft hatten. Aus Freiheitskämpfern wurden in der offiziellen Propaganda *Warlords*, denen der berüchtigte Drogenhandel in die Schuhe geschoben wurde. Dabei ist bekannt, dass Karsais direktes Umfeld und die engsten Mitglieder seiner eigenen Familie den Drogenhandel am Hindukusch kontrollieren. Die reichen Drogenanbaugebiete liegen vor allem in den südlichen paschtunischen Provinzen, nicht im Norden. Ganz nebenbei versuchten die USA so, die Position Russlands, Irans und Indiens zu schwächen, die jahrelang den Kampf der Nordallianz gegen die Taliban unterstützt hatten. Im Ergebnis führte der „Befreiungsschlag“ des Präsidenten gegen die Nordallianz zu einer weiteren Schwächung der Anti-Taliban-Front im Land.

Die internationale Dimension

Bis heute ist ein Afghanistan mit einer voll funktionsfähigen Staatsgewalt, einer einsatzbereiten Polizei und einem wachsamem Grenzschutz all denen ein Dorn im Auge, die seit Jahrzehnten von der Krise des Landes profitieren. Dabei ist unwesentlich, ob die Feinde sich in Afghanistan aufhalten oder im benachbarten Ausland. Nicht nur die *Warlords*, die Drogenbarone sowie die politisch und militärisch einflussreiche pakistanische Schmugglermafia, sondern auch die Regierungen in Islamabad und Teheran haben kein Interesse daran, dass sich am Hindukusch ein souveräner Staat mit einer pro-amerikanischen Orientierung etabliert. Deshalb werden weiter ethnische Konflikte geschürt, Intrigen und Komplote ausgeheckt oder Terrorakte

verübt, um das arme Land zu destabilisieren.

Aufgrund der politischen und militärischen Spannungen zwischen Pakistan und Indien auf der einen sowie zwischen Iran und den USA auf der anderen Seite muss auch in Zukunft mit Einmischungen von außen in die innerafghanischen Angelegenheiten gerechnet werden. Schließlich versprechen sich alle Staaten in der Region Vorteile davon, wenn in Kabul eine ihnen freundlich gesinnte Regierung amtiert. Abgesehen davon, haben weder der Iran noch Pakistan ein Interesse an einem von den USA gesteuerten Nachbarn Afghanistan.

Nachdem der Schmusekurs mit Pakistan gescheitert war, begann Präsident Karsai den Nachbarn zu beschuldigen, Terroranschläge in Afghanistan anzustiften. Wiederholt forderte er Islamabad auf, entschiedener gegen die Terroristen vorzugehen, die über die gemeinsame Grenze ins Land gelangten. Dabei ist ihm durchaus bewusst, dass die Regierung in Islamabad alle möglichen Anstrengungen unternimmt, um die weitere Talibanisierung Pakistans zu stoppen. Die paschtunischen Stammesfürsten als Rückgrat der Taliban, radikale Mullahs, die Anhänger der El Kaida und das internationale Opium-Heroin-Drogenkartell wird das kaum beeindrucken: Sie werden den Frieden im pakistanisch-afghanischen Großraum weiterhin torpedieren. Starke, stabile Staaten stehen nun einmal ihrer Macht entgegen.

Neben China und Indien sind die ex-sowjetischen Republiken Zentralasiens – Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan – an Stabilität in Afghanistan interessiert, da die Krise dort die islamischen Gruppen in diesen Staaten radikalisiert. Der indo-pakistanische Konflikt um Kaschmir wird durch Terroranschläge gegen indische Institutionen in Afghanistan verschärft. So ist es denn kein Zufall, dass Indien nach den USA, Deutschland, Japan

und Frankreich zu den wichtigsten Geldgebern für den Wiederaufbau Afghanistans gehört, auch wenn Neu-Delhi nur ein kleines ISAF-Kontingent stellt.

Eine politische Entspannung in den amerikanisch-iranischen Beziehungen könnte ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Befriedung Afghanistans leisten, indem sich Teheran neutral gegenüber fremden Truppen in Afghanistan verhielte. Tatsächlich können die Taliban nur dann landesweite militärische Erfolge verbuchen, wenn ein Nachbarstaat sie direkt unterstützt. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass vor allem die massiven Waffenlieferungen von mehr als sechs Milliarden US-Dollar, die die afghanischen Mudschaheddin über Pakistan erreichten, die sowjetische Armee 1989 in die Knie zwangen. Ohne Finanziers und Waffenlieferungen dürften es auch die Taliban schwer haben, die Provinzen zu kontrollieren, massenhaft Terrorakte zu verüben und das Karsai-Regime zu entmachten.

Die Rolle der „Afghanistan-Experten“

Seit der UN-Afghanistan-Konferenz vom November/Dezember 2001, auf der Washington den seit Jahren im US-Exil lebenden Hamid Karsai als neuen Präsidenten Afghanistans durchsetzte, unterließ den Verbündeten ein Fehler nach dem anderen: Abgesehen davon, dass die Regierenden die realen politischen und militärischen Machtverhältnisse ebenso wenig berücksichtigten wie die Meinung der Afghanen, die vor Ort seit zwei Jahrzehnten Krieg führten, operierten sie in einem virtuellen „Afghanistan 2.0“, kreiert von den „Afghanistan-Experten“ der zahlreichen wissenschaftlichen und politischen Stiftungen, NGOs und Centres for Strategic Studies. Hunderte Expertisen und Strategiepapiere zeichnen sich allein durch ihr glänzendes wissenschaftlich-theoretisches Fundament aus, inhaltlich

halfen sie weder den Regierungen noch den Militärs vor Ort, die praxistaugliche Analysen mit konkreten Handlungsschritten benötigten. Die Folge ist, dass keine adäquate Untersuchung der politisch-militärischen Entwicklung in Afghanistan in den letzten acht Jahren stattfand. Mehr noch: Militärische und Demokratisierungserfolge wurden vorgetäuscht. Der internationale Afghanistan-Expertenkreis zitierte sich selbst und beschränkte sich auf Empfehlungen, die der Afghanistan-Politik der gerade amtierenden Regierung entsprachen.

Inzwischen haben dieselben Experten, die die frühere Strategie der USA und der NATO in Afghanistan mitgestalteten, den „wahren und einzigen Schuldigen“ für die Misere gefunden: die George-Bush-Administration mit ihrer realitätsfernen „Demokratisierungspolitik“ und ihrem Reformeifer in Bezug auf die vor-moderne afghanische Gesellschaftsstruktur. Nach dem Machtwechsel im Weißen Haus und Barack Obamas Zweifeln an der Richtigkeit der Politik des maximalen Erfolgs – der Schaffung einer demokratischen Gesellschaft in Afghanistan – sind die Experten wieder auf der richtigen Seite: Sie haben ja immer schon gesagt, dass der Krieg in Afghanistan militärisch nicht zu gewinnen sei – und den korrupten Karsai haben sie auch nie gewollt.

Afghanische Politiker und Militärs amüsieren sich unterdessen köstlich über die Unkenntnis der ausländischen Experten mit Blick auf die politischen Verhältnisse in ihrer Heimat. Wie schon im Irak spielen sie mit ihnen das beliebte Hütchenspiel: Man täuscht vor, ein Freund und Demokrat zu sein, Hauptsache, die eigenen Ziele werden so erreicht.

Legenden aus Afghanistan

Bis vor Kurzem gerieten Experten ebenso wie nicht wenige ausländische Politiker regelrecht ins Schwärmen, wenn es um die Charakterisierung des „demokratisch

gewählten“ Präsidenten Hamid Karsai ging. Mithilfe der Medien entstand das Bild einer charismatischen Lichtgestalt, die Afghanistan retten werde, während die ausländischen Mächte und die Taliban allein für die politische Krise im Land verantwortlich seien. Daneben verdammten sie die Vertreter der Opposition im afghanischen Parlament, insbesondere die Vertreter der früheren Nordallianz: So bezeichneten *Spiegel*-Autoren den Block „Nationale Front“ als „gefährliches Oppositionsbündnis“. Leider erfuhren die Leser nicht, warum. Ebenso zogen sie nachdrücklich Informationen des US-Geheimdienstes in Zweifel, wonach Präsident Karsais Bruder persönlich am Heroin-Handel beteiligt ist.

Nach einer Vorgabe der Politik sollen bis zum Jahr 2011 eine starke afghanische Armee und einsatzbereite Polizeikräfte vorhanden sein. Meldungen über eine schlagkräftige Nationalarmee seien reine Propaganda, versicherte demgegenüber ein hochrangiger afghanischer Soldat im Gespräch mit dem Autor: „So eine Armee gibt es nicht.“ Jede Volksgruppe verfüge über eigene Truppen, die nicht von Kabul kontrolliert würden. Das Thema Drogenbekämpfung im Zusammenhang mit Präsident Karsai belustigte den erfahrenen Soldaten. „Karsai und Drogenbekämpfung?“ Es sei kein Zufall, dass einige Finanzfachleute, die schon unter den Taliban tätig gewesen seien, ihre Stellen behalten hätten. „Die stecken seit Jahren unter derselben Decke.“

Erst die jüngsten Wahlmanipulationen im Zuge der Präsidentschaftswahl diskreditierten das westliche Demokratiemodell vollständig: Wie bereits im Jahr 2004 seinen Ex-Innen- und Erziehungsminister Junus Kanuni, so forderte Karsai im Jahr 2009 Ex-Außenminister Abdullah Abdullah auf, bei der Präsidentschaftswahl nicht gegen ihn anzutreten. Kanuni hatte Karsai vor fünf Jahren dafür kritisiert, dass es ihm nicht gelun-

gen sei, mithilfe der massiven internationalen Unterstützung seine Macht im ganzen Land zu festigen. Karsai gehe zu unentschlossen gegen die Taliban vor: „Der Präsident ermutigt sie durch seine Politik geradezu“, mahnte Kanuni. Bereits 2004 waren die ersten Präsidentschaftswahlen weder transparent noch gerecht oder frei abgelaufen. Niemand wollte damals die Proteste des Präsidentschaftskandidaten Kanuni zur Kenntnis nehmen, Karsais einzigen ernst zu nehmenden politischen Gegners. Kanuni warnte, dass die Wahlfälschungen und das korrupte Regime die Hoffnungen der Afghanen auf einen gerechten Staat zerstören würden.

Fünf Jahre später wiederholte sich die Farce: Bei der „Wiederwahl“ kam es mithilfe der UNO zu massiven Wahlfälschungen. Die Absage des Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah, sich am 7. November 2009 einer Stichwahl zu stellen, bedeutete eine öffentliche Ohrfeige für das Marionettentheater in Kabul und für seine Unterstützer. Unmittelbar vor der Vereidigung des Präsidenten erreichte das Spiel seinen vorläufigen Höhepunkt, als die westlichen Staatschefs den „Wiedergewählten“ nacheinander aufforderten, die Regierungskorruption aktiv zu bekämpfen. Dies versprach Karsai in seiner Antrittsrede feierlich – wie bereits 2004.

Mit der öffentlich geäußerten Kritik an Präsident Karsai und der Verurteilung seiner Politik zerstörten die ausländischen Politiker die letzten Hoffnungen der Afghanen auf die Rechtmäßigkeit ihrer Regierung und der Staatsgewalt. Die Kritik wird nichts ändern, aber die Zusammenarbeit innerhalb und mit der Regierung negativ beeinflussen. Zu den handelnden Personen gehören neben Karsai vor allem die beiden sogenannten *Warlords* Fahim und Karimi, die er zu Vizepräsidenten machte, um seine Position zu festigen.